

# HILTRUP

Nr. 16. März '79

**HEUTE und MORGEN**

INFORMATIONEN - MEINUNGEN - AKTUELLES - INFORMATIONEN - MEINUNGEN

## 70 JAHRE SPD HILTRUP

» Seit 1909 für soziale Demokratie «



Für Sozialdemokraten ist es nicht einfach, Daten und Fakten aus der Parteigeschichte festzustellen, weil die in den Händen von Parteimitgliedern befindlichen Dokumente Deutschlands dunkelste Zeit von 1933 bis 1945 nur sehr selten überlebten.

### Gründung der SPD

Umfangreiche Nachforschungen ergaben, daß das Jahr 1909 für uns Hiltruper Sozialdemokraten

eine besondere Bedeutung hat. Dieses Jahr muß vorläufig als das Gründungsjahr der SPD Hiltrup angesehen werden. Zum ersten Male werden für dieses Jahr Existenz und Aktivitäten von Sozialdemokraten in Hiltrup dokumentarisch belegt.

Siebzig Jahre sind für uns nicht der Anlaß zu Jubiläumsfeierlichkeiten, wohl aber sind sie Anlaß zu einer Rückschau.

### Hiltrup 1909

1909 regierte im Deutschen Reich Kaiser Wilhelm II.; die Bismarckschen Sozialistengesetze gab es zwar nicht mehr, was aber nicht hieß, daß Sozialdemokraten nicht unter sozialistengesetzlichen Bedingungen lebten. In Hiltrup wurde das Leben bestimmt von Bürgermeister Große-Wentrup und Pfarrer Franz Unkel oder auch von der Familien Schencking und

Winkelmann; alles Namen, die in der Hiltruper Geschichte Bedeutung hatten.

**E**s war die Zeit, als Hiltrup noch ca. 1.700 Einwohner hatte, als der Gemeindehaushalt noch sehr weit unter der 100.000,- Mark-Grenze lag, als sich in Hiltrup noch kein Arzt niedergelassen und als die einzige Schule nur etwa 250 Schülerinnen und Schüler hatte. 12 Jahre zuvor war das Missionshaus der Genossenschaft der Missionare vom hl. Herzen Jesu unweit des Roten Berges entstanden. Es waren erst 10 Jahre her, daß das Missionshaus der Schwestern vom hl. Herzen Jesu errichtet und daß der Dortmund-Ems-Kanal seiner Bestimmung übergeben worden war. Das Glasuritwerk in Hiltrup war gerade gegründet worden.

## „Zugelaufene Elemente“

**I**n dieser Zeit, als die SPD bei den Reichstagswahlen im Wahlkreis Münster - Coesfeld erst 7,1 % der Stimmen errang, während das Zentrum 83,6 % und die Nationalliberalen 9,1 % erreichten, als die Sozialdemokraten noch als "zugelaufene Elemente" bezeichnet wurden, als Sozialdemokrat sein immer noch bedeutete, vom Arbeitgeber entlassen werden zu können und polizeilich observiert zu werden, in dieser Zeit waren trotz aller Verfolgungen bereits Sozialdemokraten in Hiltrup tätig.

## 5 Aktive 1909

**V**on den 1909 gezählten 258 Mitgliedern des sozialdemokratischen Wahlvereins für den Reichstags-Wahlkreis Münster - Coesfeld gehörten 5 der Ortsgruppe Hiltrup an. Diese 5 entwickelten zusammen mit

ihren Parteifreunden in Münster große Aktivitäten, u.a. gründeten sie in Hiltrup eine Filiale des münsterschen Konsum- und Sparvereins, in dem insbesondere Arbeiterfamilien verbesserte Einkaufsmöglichkeiten fanden. Als Antwort auf diese sozialdemokratische Selbsthilfeeinrichtung gründeten die christlichen Gewerkschaften umgehend eine eigene Konsumgenossenschaft "Eintracht" mit einer Filiale in Hiltrup.

## Arbeiterzeitung: -Wer übt Terrorismus? -

**E**in Bericht aus der Dortmunder "Arbeiterzeitung" mit dem Titel: "Wer übt Terrorismus?" beleuchtet, welches Ausmaß der Kampf gegen die Sozialdemokraten 1909 annahm. »In Hiltrup besteht seit einiger Zeit eine Ortsgruppe der sozialdemokratischen Partei, deren Mitglieder aus den hier beschäftigten .... Steinmetzen bestehen. Die Tatsache hat nun den Vorsitzenden des christlichen Keramik- und Steinarbeiterverbandes annehmend um den Rest seiner Überlegungen gebracht. Nicht eine Nummer des Keramarbeiterblättchens erscheint, in der nicht über die Genossen in einer Weise hergezogen wird, daß man meinen könnte, es wären lauter Diebe und Räuber ... Aus eigener Kraft kann er gegen die Roten nicht an, deshalb suchte er sich als rechter Christ einen Bundesgenossen in dem Herrn Pastor. Derselbe faßte die Sache auch gleich richtig an und empfahl seinen Gläubigen von der Kanzel aus, keinen der roten Genossen in Logis zu nehmen und beileibe

kein Lokal für Versammlungen herzugeben. Sogar die Wirtschafterin des Herrnging von Haus zu Haus, um die rote Flut einzudämmen. Aber ach, der Erfolg ist gleich null.«

Nach der Gründung des christlichen Konsumvereins in Hiltrup spitzte sich die Auseinandersetzung noch zu.

»Aber Mitglieder muß der Konsumverein haben und wurde deshalb auf die Hauswirte verheirateter Kollegen eingewirkt. Wenn der Betreffende nicht tritt, wird die Wohnung gekündigt. Das ist kein Terrorismus, sondern christliche Nächstenliebe.«

## Lernen für Gegenwart und Zukunft

**W**enn wir heute auf die Geschichte der Sozialdemokraten in Hiltrup zurückblicken, "dann nicht, um uns selbstgefällig auf Schultern zu klopfen", sondern "dann tun wir dies, um uns auseinanderzusetzen - mit unseren Stärken und unseren Schwächen; dann tun wir dies, um zu lernen für die politische Gegenwart und Zukunft" (Willy Brandt).

## Ansporn und Verpflichtung

**S**o wie es unseren Parteianhänger in Hiltrup gelungen ist, in unermüdlicher Arbeit das Getto, in das sie gedrängt worden waren, zu durchbrechen und für die Verbesserung der Lebensverhältnisse in Hiltrup einzutreten, so werden wir als die Nachkommen uns bemühen, die gegenwärtigen und die vor uns liegenden Aufgaben im Interesse aller Hiltruper zu lösen. Angesichts der augenblicklichen Mehrheitsverhältnisse wird das kei-

ne einfache Aufgabe sein. Das Beispiel unserer Vorfahren ist dabei Ansporn und Verpflichtung.

Theodor Dopheide

## 70 Jahre ~ Grußwort an die SPD Hiltrup

Dem Ortsverein Hiltrup herzlichen Glückwunsch zum 70jährigen Bestehen.

1909 schickte sich die SPD im Deutschen Reich als stärkste Partei zu werden. In Hiltrup, am Rande von Münster, dem "Rom des Nordens", bedeutete es damals besonderen Mut, sich offen für die Ziele unserer Partei auszusprechen. Drei Generationen sind Sozialdemokraten in Hiltrup mit Zivilcourage und Bereitschaft, Nachteile in Kauf zu nehmen, ihren Weg für die Ziele des demokratischen Sozialismus gegangen. Eure Arbeit hat in Hiltrup wachsende Anerkennung und Vertrauen beim Bürger gefunden.

Wenn wir uns auf unsere Tradition zurückbesinnen, so können wir daraus Kraft schöpfen. Haben doch Sozialdemokraten früher unter ungleich schwereren Bedingungen für unsere Partei gestritten. Diese Kraft werden wir für die vor uns liegenden schwierigen Aufgaben brauchen.

Seit 1975 ist der SPD-Ortsverein Hiltrup Teil des Unterbezirks Münster. Ich möchte Euch für die bisherige Zusammenarbeit herzlich danken und viel Erfolg für Eure weitere Arbeit wünschen.

*Wolf-M. Catenhusen*

Vorsitzender des  
SPD-Unterbezirks Münster

# IHRE KANDIDATEN

für den Rat der Stadt Münster

## Ratsherr Theodor Dopheide



Polizeihauptkommissar

47 Jahre

verheiratet, 2 Kinder

Marktallee 75

4400 Münster

Theodor Dopheide gehört bereits seit dem 4. Mai 1975 dem Rat der Stadt Münster an. Das Schwergewicht seiner Arbeit dort lag (liegt) in folgenden Ausschüssen:

Liegenschaftsausschuß, Personalausschuß, Sozialausschuß, Rechnungsprüfungsausschuß, Aufsichtsrat der Stadtwerke Münster GmbH.

Weiterer wichtiger Schwerpunkt seiner Arbeit:

alle örtlichen Hiltruper Probleme.

Wie 1975 kandidiert Theodor Dopheide wieder im Wahlbezirk 27 = Hiltrup-Mitte/Ost.

## Ratsherr Rainer Bannert



Student

26 Jahre

ledig

Hohe Geest 120

4400 Münster

Rainer Bannert gehört bereits seit dem 4. Mai 1975 dem Rat der Stadt Münster an. Das Schwergewicht seiner Arbeit dort lag (liegt) in folgenden Ausschüssen:

Schulausschuß, Sportausschuß, Finanzausschuß, Ausschuß für Wirtschaft und Werbung.

Weiterer wichtiger Schwerpunkt seiner Arbeit:

alle örtlichen Hiltruper Probleme.

Wie 1975 kandidiert Rainer Bannert wieder im Wahlbezirk 29 = Hiltrup-West/Amelsbüren.

## Ihre Kandidaten für die Bezirksvertretung Münster-Hiltrup

Am 15. 2. 1979 benannte die SPD Hiltrup die Kandidaten für den Rat der Stadt Münster und für die Bezirksvertretung Münster-Hiltrup. Im Mai 1979 sollen diese Kandidaten (gem. Kommunalwahlgesetz) von der Delegiertenkonferenz des SPD-Unterbezirks Münster bestätigt werden. Zu den Kommunalwahlen am 30. September 1979 stellt Ihnen die SPD Hiltrup damit wieder Kandidaten vor, die die Gewähr dafür bieten, daß sich ihre Arbeit im Rat und in der Bezirksvertretung ausschließlich an den Belangen aller Bürger und nicht an den Vorstellungen von Interessenverbänden orientiert. Für diese Kandidaten sind die Grundwerte des demokratischen Sozialismus "Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität" keine Leerformeln, sondern oberste Maxime für ihr politisches Handeln.

### Dr. Dietrich Thränhardt



Dozent, 37 Jahre, Am Linnenkamp 2, 4400 Münster.

Dr. Thränhardt gehört seit dem 4. Mai 1975 bereits der Bezirksvertretung Münster-Hiltrup an. Er ist Vorsit-

tzender der SPD - Fraktion in der Bezirksvertretung.

### Hansjörg Weiße



Technischer Angestellter, 43 Jahre, Klinkkampweg 3, 4400 Münster.

Hansjörg Weiße ist bereits seit dem 4. Mai 1975 Mitglied der Bezirksvertretung. Vor der kommunalen Neuordnung gehörte er dem Rat der Gemeinde Hiltrup an.

### Michael Crone



Wissenschaftlicher Angestellter, 30 Jahre, Westfalenstraße 162, 4400 Münster.

### Christiane Eckardt



Hausfrau, Am Klosterwald 27, 4400 Münster.

### Dr. Jörn Haverkämper



Regierungsrat, 33 Jahre, Schumannstraße 16, 4400 Münster.

### Johannes Kimmin



Polizeiobermeister, 33 Jahre, Bodelschwinghstraße 1, 4400 Münster.

### Reinhard Krakow



Geschäftsführer der GEW, 33 Jahre, Deermannstraße 11, 4400 Münster.

Reinhard Krakow gehört in der laufenden Wahlperiode als Sachkundiger Bürger dem Kulturausschuß der Stadt Münster an.

## Botho Mechias



Landesbaurat, 34 Jahre,  
Marktallee 82, 4400 MÜN-  
ster.

## Ernst Otten



Diplom-Wirtschaftsingeni-  
eur, 32 Jahre, Geistkamp 1,  
4400 Münster.

## Monika Sellin

Lehrerin, Langstraße 76,  
4400 Münster.

Prof. Dr. Johannes  
Weinberg

Hochschullehrer, 46 Jahre,  
Barlachstraße 17, 4400 MÜN-  
ster.



## Hinrich küert ööwer Hiltrup

Wat wör dat för en VÜörslogg!  
Daoför, dat de CDU use Hiltrup in-  
betoneert, sall se de iärste Pries  
kreegen, nao dat Motto "Use Duorp  
sall schön bleewen."

De Bewies: De CDU - Lüde häff dao  
zene fantastiske Betonhalle een  
för allemaol düörsett't (se segg  
daoför "Mehrzweckhalle", manske  
segg auk "Renomierhalle" oarre "Dr.  
Tölle-Gedächtnis-Halle"), in de  
Naoberschap van dat olle "häßliche  
Kloster". Un dao kümp noch wat an-  
ners to: Dat olle Kloster is "kul-  
turhistorisch wertlos" un de Hil-  
trupers häff för dat Kloster all  
lang nix ööwerhatt.

Un dao häff se noch een Härlich-  
keit anfangt, de Brügge an de  
Marktallee, dat "Überführungs-Jahr  
hundert-Bauwerk". Schade, dat de  
Betondamm mich noch hügger wörd un  
bloß een Kilometer lang is.

Nu ritt se schon de ollen Baime ut,  
in'n Stadtwald und bie de Villa.  
Jau, oawer dat is us Hiltrupers so  
am leiwsten, denn wie häff doch  
ööwerhaupt kien Betreck to de Natur

Daorüm hier de VÜörslogg: Bänke up de  
Stroate, Bänke up de Brügge un de Beton-  
damm wörd gröön anmalt un ööwerdütt wörd  
faorte Bänke upstellt langs de graete  
Baustelle, för de ollen Lüde, de könnt  
dann nar de Baggers un Raupen kieken.  
Oawer nu haoll ick in, de Sake is an sick  
viell to ernst, um daomet Plaseer to ma-  
ken! Dat eene draff ick nu all uutsprü-  
ken: Wenn dao eener Protest makt, giegen  
de Damm, dann nich met'n Sperrbock (pas-  
seert in de Nacht naor de 16.2.) ööwer  
de Stroate, dao mök man sick up'n Patt  
naort Raothus, denn dao sitt de Lüde,  
de datt Seggen häfft.

Un dao is auk noch de Kommunalwahl düs-  
set Jaohr, dao sallt sick de Lüde enga-  
geeren giegen de CDU-Kiärktoarnpolitik.  
Haoll wie dat Laigste van use Hiltrup  
aff, segg wie't in't Haugdöütsk: "Machen  
wir Hiltrup lebenswerter!" H.K.

FOTO: ANDREAS NAUMANN



# AM 10. JUNI 1979: DIREKTWAHLEN ZUM EURO- PÄISCHEN PARLAMENT

**Soziale Demokratie in  
Europa: Kein Europa der Ewiggestrigen.**

Auf dem Kölner Parteitag Anfang Dezember 1978 hat die SPD ihre Kandidaten für die europäischen Wahlen bestimmt. Sie hat dabei verdeutlicht, warum es für die Bürger der Bundesrepublik notwendig ist, sich an den Wahlen zu beteiligen. Sie hat die Inhalte des sozialdemokratischen Programmentwurfs für die Europäische Gemeinschaft bestimmt und gleichzeitig klare Abgrenzungen gegenüber konservativen Vorstellungen gezogen.

Die SPD machte klar, daß ihre langfristigen Vorstellungen erhebliche Umbauten für Europa beabsichtigen. 1957 entstand die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft aus Vorstellungen, die wirtschaftliche Gesichtspunk-

te, den ungehinderten Fluß von Waren- und Kapitalströmen, einzig in den Vordergrund rückten. Zugleich wurde eine Agrarmarktordnung geschaffen, die Brüssel oft als Bauernlobby erscheinen läßt. Die Interessen der Arbeitnehmer blieben auch bis heute noch weitgehend unberücksichtigt. Man glaubte vor Jahren noch, eine florierende Wirtschaft würde alle Beschäftigungs- und Sozialprobleme lösen. Das ist nicht der Fall. Über sechs Millionen Arbeitslose in der EG beweisen, daß auch bei einem großen Markt die Wirtschaft keineswegs von selbst wächst und gedeiht. Auch eine automatische Angleichung der Entwicklung in den Partnerländern ist nicht so eingetreten wie erhofft

wurde.

Die EG - Verwaltung in Brüssel ist weit weg, wo dort geschieht, schein den Einzelnen nicht zu berühren. Das ist eine gefährliche Täuschung, die EWG ist inzwischen für viele Fragen zuständig, die jeden von uns angehen, die längst nicht mehr in der Entscheidungshoheit der nationalen Parlamente stehen. Aus diesem Grunde ist es schon wichtig, daß jetzt endlich ein Parlament geschaffen wird, das berechtigt und in der Lage ist, die Brüsseler Bürokratie zu kontrollieren und neue politische Leitlinien zu schaffen, die auf grundsätzlichen Wertentscheidungen aufbauen und über den Schatten der Wirtschaftsinteressen springen.

## FÜR EIN SOZIALES EUROPA

Die SPD strebt nunmehr eine Soziallandschaft an, in der die Arbeitnehmer den Ton angeben. Nicht zuletzt deswegen haben sich auch die Gewerkschaftler Vetter, Loderer und Hauenschild auf die Kandidatenliste für das Europäische Parlament setzen lassen. Um die bestehende Wirtschaftsunion in eine Sozialgemeinschaft zu verwandeln, muß

die bisherige Orientierung in der EG nahezu umgekrempelt werden. Es gilt, eine aktive Beschäftigungspolitik einzuleiten, die Regionalpolitik mit angemessenen Mitteln auszustatten und vor allem eine Sozialpolitik zu beginnen, die auf Dauer eine Verbesserung und Vereinheitlichung der sozialen Lage aller europäischen Bürger ge-

währleistet. Neben einer gleichguten sozialen Absicherung für alle stehen hier noch die Beseitigung der Jugend- und Frauenarbeitslosigkeit - ein Problem in allen Partnerländern - sowie die Aufhebung des gewaltigen Sozialgefälles zwischen Nord und Süd im Mittelpunkt.

(Fortsetzung Seite 7)

# GEGEN EIN EUROPA DER KONSERVATIVEN

Es kündigt sich an, daß die CDU/CSU einen innenpolitischen Wahlkampf für Europa führen will. Die alte Losung aus dem Wahlkampf 1976 wird aufgezupft: "Freiheit statt/oder Sozialismus". Das Programm der CDU/CSU zeigt, die deutschen Konservativen - wie im Übrigen auch die anderen konservativen Parteien in der EG, sich auch in Zukunft vor

allem eine Absicherung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung erhoffen. Ein großer gemeinsamer Markt soll die Privatindustrie stärken und den Großunternehmen eine bessere Position auf dem Weltmarkt sichern. Bei allen anderen Fragen ist feststellbar, daß es den Konservativen sehr schwerfällt, in wichtigen gesellschaftspolitischen Fra

gen die Rechte der beteiligten Nationen einzuschränken zugunsten von gemeinsamen Lösungen.

Für die SPD aber geht es darum, zusammen mit den sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien in der EG ein sozialstaatliches Netz zu knüpfen, ohne das es keine Gerechtigkeit gibt.

## 5 Tonnen mit einer Hand Kassiererin bei Aldi und Stock

Freitagabend, Samstagmorgen - Zeit der Wochenendeinkäufe. Jedermann (frau) hat schwer zu tragen: Flaschen, Dosen, Mehl und Zucker. Die Kassiererin trägt mit: bis zu 500 kg in einer halben Stunde, im Einkaufsrummel 5 Tonnen am Tag. Und das alles mit einer Hand. Die Folgen tragen Frauen, Kassiererinnen: allgemeine Erschöpfung, Kopfschmerzen, Schlaflosigkeit, Übelkeit, Rückenschmerzen. Hinzu kommen Taubheitsgefühle und Zittern in den Händen, Nierenschäden und die Zugluft in der Nähe des Ausganges. Am schlimmsten dran sind Angestellte der "Billigläden" in Hilstrup, die Frauen von Stock und Aldi. Sie sitzen an sogenannten Umpackkassen und müssen Waren von einem Korb in den anderen schaffen. Förderbänder wie beispielsweise bei Hill oder Coop oder Hebevorrichtungen fehlen. An allen Ecken wird gespart. Niedrige Preise gehen hier auf Kos-

ten der Gesundheit der Kassiererinnen. Kassiererinnenschicksal? Unvermeidliches Berufersisiko?



Das muß nicht sein. Fort mit den Umpackkassen! Auch Kunden sollten diese Forderung unterstützen. /rb

10. JUNI 1979



WAHL ZUM EUROPÄISCHEN PARLAMENT



### 1925: SPD und Europa

„Sie (die Sozialdemokratische Partei Deutschlands) tritt ein für die aus wirtschaftlichen Ursachen zwingend gewordene Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit, für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa, um damit zur Interessensolidarität der Völker aller Kontinente zu gelangen. Sie fordert die Demokratisierung des Völkerbundes und seine Ausgestaltung zu einem wirksamen Instrument der Friedenspolitik.“  
Aus dem „Heidelberger Programm“ der SPD, verabschiedet am 18. September 1925.

# SCHNEE von gestern

Autofahrer, Fußgänger und Radfahrer, alle Verkehrsteilnehmer hatten in Hilstrup wochenlang unter Schnee und Eis zu leiden. Eine unzureichende Einsatzplanung der Stadt sowie fehlendes Personal bei der städtischen Schneeräumkolonne waren für das Chaos mitverantwortlich. Radfahrer hatten in Hilstrup am meisten zu leiden. Schulkinder waren hiervon besonders betroffen.

Verantwortlich hierfür ist die Firma Böckenholt. Einige Tage nach den ersten Schneefällen wurde seitens der Stadtverwaltung in Hilstrup eine Kontrolle durchgeführt. Die Radwege waren ungeräumt. Wie die Stadt auf Anfrage des SPD-Bezirksvertreters Dr. Dietrich Thränhardt in der Bezirksvertretung Münster-Hilstrup mitteilte, hatte sich die Firma Böckenholt mangels geeigneter Fahrzeuge und Geräte außerstande erklärt, die Schneeräumung auf den Radwegen vorzunehmen. Ohne Rücksicht auf diese fehlenden Möglichkeiten hatte sie aber einen entsprechenden Vertrag abgeschlossen. Daraufhin mußte der städtische Fuhrpark in Bewegung gesetzt werden. Eine vollständige Räumung der Radwege war nicht mehr möglich. Zu guterletzt wurde eine Tiefbaufirma mit der Abfuhr der Schneemassen von den Radwegen beauftragt. Passierbar waren die Radwege jedoch erst, als Tauwetter eingesetzt hatte.

Die Spitze leistete man sich am 15./16. Februar. Abends und nachts hatte der städtische Fuhrpark an der Marktallee (nach frischem Schneefall) alle Radwege geräumt. Am anderen Tage räumte die für Hilstrup zuständige Firma den Schnee von der Fahrbahn. Und wohin wohl mit den Schneemengen? Sie haben es erraten: auf die frisch geräumten Radwege!

Privatisierung öffentlicher Aufgaben, hier demonstriert am Beispiel Böckenholt, kann zum Bumerang werden. Einsicht sollte Vorrang vor Ideologien haben. Der CDU - Fraktion sollten die Erfahrungen dieses Winters eine Lehre sein. Eine Personalaufstockung beim städtischen Fuhrpark ist vonnöten; Privatisierung nur dort, wo sie funktioniert und nicht auf Kosten der Bürger geht.

Der nächste Winter kommt bestimmt. rb/do

## IMPRESSUM:

HILSTRUP - heute und morgen

Herausgeber: SPD-Ortsverein Hilstrup  
Marktallee 75, 4400 Münster

Verantwortlich: Johannes Kimmann

Auflage: 5.500

Nachdruck: Mit Quellenangabe erbeten

ANDERE SCHREIBEN

## Knipperdölling

Münsteraner Generalanzweifler

### CDU-Klüngel



#### Wie man in Hilstrup Konrektor wird

Ein rühriges Parteimitglied wählte der Schulausschuß der Stadt Münster zum Konrektor der Hauptschule Hilstrup: Udo Reisener, Mitglied des CDU Kreisvorstandes, des Kulturausschusses, der Bezirksvertretung und der Ortsunionsvorstandes. Diese zahlreichen Parteiämter sind allerdings Reiseners einzige Qualifikation zu seiner Beförderung: die Lehrerkonferenz seiner Schule sprach sich fast einmütig für eine befähigtere Kollegin aus. Reisener hat im Gegensatz zu den anderen Bewerbern keinerlei Funktionen über seine normale Lehrertätigkeit hinaus übernommen, weder in fachlicher noch in organisatorischer Hinsicht. Derartige interessierte Mitarbeiter gilt sonst meist als Voraussetzung für eine solche Beförderung. Selbst der CDU war angesichts dieses Votums des Lehrerkollegiums nicht wohl bei dieser Entscheidung. Aus Parteiräson wurde sie jedoch getroffen. Innerhalb der CDU gilt Reisener als parteipolitischer Scharfmacher. Der Stadt- Personalrat hat inzwischen den Bezirks- personalrat angerufen der ebenfalls Einspruch gegen diese Entscheidung einlegte. Sollte die CDU-Mehrheit im Schulausschuß der Stadt Münster trotzdem auf ihrer Entscheidung beharren, so wird wohl auch noch der Landes- personalrat angerufen werden. Interessant dabei ist, daß diese Stellungnahmen gegen den minderqualifizierten CDU-Kandidaten auch von dem keineswegs linken Verband Bildung und Erziehung (VBE) mitgetragen werden. Man kann gespannt sein, bis zu welchem Grad an Peinlichkeit die CDU gehen wird, um einem "verdienten" Mitglied Protektion zukommen zu lassen.

Entnommen der Zeitschrift "Knipperdölling" Nr. 3, Dez. 1978 mit frdl. Genehmigung der Redaktion

# A 43

## HILTRUP UND DIE AUTOBAHN

SPD - Antrag, den Bau der Autobahn A 43 zwischen Münster und Gütersloh / Bielefeld von der Stadt Münster nicht weiter zu verfolgen, wurde von der CDU und der FDP am 14. 3. 1979 im Planungsausschuß des Rates der Stadt Münster abgelehnt.

CDU und FDP fordern dagegen von Bund und Land aus strukturpolitischen Gründen den Weiterbau der A 43.

Wer den Bau der A 43 fordert, provoziert den Bau einer Autobahn durch Hiltrup

Der gleichzeitige Beschluß der CDU/FDP-Mehrheit, dabei die Stadt großräumig zu umgehen, ist Makulatur.

Wenn die Autobahn überhaupt einen strukturpolitischen Effekt haben soll, muß sie zwangsläufig dicht an das Stadtgebiet herangeführt werden.

Da die Umgehungsstraße nach einheitlicher Auffassung aller Fraktionen als Autobahn ausscheiden muß, ist die eindeutige Konsequenz der CDU/FDP - Forderung:

Bau der A 43 durch Hiltrup!  
Zwischen den Trassen über die Umge-

hungsstraße bzw. zwischen Hiltrup und Berg Fidel machen CDU und FDP feine Unterschiede.

„Eine Forderung der Autobahn auf dem überregionalen Fernverkehr über die Umgehungsstraße ist aus Gründen der bereits gegebenen Verkehrsbelastung im städtischen und regionalen Verkehrsnetz sowie aus Gründen des Umweltschutzes auszuschließen.“  
CDU-Forderung  
"WN"  
14. März 1979

Die Umgehungsstraße als Autobahn wird (wie von der SPD) entschieden abgelehnt, während gegen die Hiltruper Trasse lediglich Bedenken erhoben werden.

Wenn von der Bürgerversammlung in Hiltrup am 12. 3. 1979 die Bekanntgabe dieses CDU -Fraktionsbeschlusses mit Pfiffen quittiert wurde, dann zeigt das sehr deutlich, daß sich die Bürger auch durch noch so fein formulierte Erklärungen keinen Sand in die Augen streuen lassen.

Die Hiltruper Trasse wird aber von der Stadtverwaltung favorisiert. Auch sie erhebt nur Bedenken, lehnt aber nicht ab. Die von der Verwaltung in der Ratsvorlage zur A 43 vorgestellten anderen Trassen werden von ihr selbst in der selben

Vorlage wieder als ungeeignet dargestellt.

CDU und FDP befinden sich mit ihrer jetzigen Forderung auch in Übereinstimmung mit der vom CDU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Hüffer im Bezirksplanungsrat beantragten und zusätzlich vom Oberstadtdirektor und vom Oberbürgermeister (entgegen dem Beschluß des Rates zum Flächennutzungsplan) fernschriftlich vom Land geforderten Untersuchung der Hiltruper Trasse.

Diese "Trassenspiele" führen aber dazu, daß die in Münster geführte Diskussion an der Sachlage vorbeigeht.

Es wird der (falsche) Eindruck erweckt, der Bau der A 43 sei bereits beschlossen und es müsse nur noch die Trasse festgelegt werden. Sachstand ist, daß der Bund in diesem Jahr die Fortschreibung des Bundesfernstraßenprogramms vornehmen wird. Die Stellungnahme des Landes NW liegt dazu vor. Im bisherigen Bundesfernstraßenprogramm war die A 43 als möglicher späterer Bedarf vorgesehen. Der um 1970 geplante Großflughafen Drensteinfurt und ein Teilchenbeschleuniger für eine europäische Forschungsgemeinschaft waren wesentliche Gründe dafür. Beide Projekte wurden aufgegeben. Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe hat deshalb als Planungsbehörde des Landes NW für das Münsterland den Ausbau der Umgehungsstraße in Münster und die B 51 n zwischen Münster und Telgte und den Ausbau der B 54 mit entsprechenden Ortsumgehungen empfohlen.

2 Die A 43 zwischen Münster und Gütersloh wurde aufgegeben.

Regierungspräsident, Bezirksplanungsrat, Stadtverwaltung und jetzt auch CDU und FDP Münster wollen aber eine Autobahn.

Vor der Fortschreibung des Bundesfernstraßenprogramms wird vom Bund ein Kosten-Nutzen-Vergleich durchgeführt; Prioritäten beim weiteren Ausbau sollen gesetzt, gegebenenfalls nicht notwendige Bundesfernstraßen gestrichen werden.

Selbst wenn also der Rat der Stadt Münster den CDU/FDP - Wünschen entspricht und die Autobahn gegen die Bürgerinteressen fordert, ist es zweifelhaft, ob die A 43 in das Programm des Bundes aufgenommen und je gebaut werden würde.

Das Recht der Bürger zum Protest gegen evtl. Trassenführungen muß schon jetzt ausdrücklich unterstrichen werden.

## Resolution gegen A 43

Die Münster-Hiltruper Bürgerinitiative hat am 12. 5. 1979 in der Aula des Hiltruper Krankenhauses getreten. Verschiedene man gegen 11:30 Uhr eine Resolution. Ihre Hauptforderung: „Durch den Lärm und die Abgase der geplanten Autobahn würde in unerträglicher Weise in das Leben und die Gesundheit der Bewohner Hiltrups eingegriffen. Wir fordern daher die verantwortlichen Stellen auf, die Absicht, durch Hiltrup eine Autobahn zu bauen, aufzugeben.“

"NS"

12. 5. 1979

Angesichts der CDU/FDP - Forderungen ist die Sorge der Bürger, wie sie in der am 12. 5. 1979 verabschiedeten Resolution der Hiltruper Bürgerinitiative zum Ausdruck kommt, sicher nicht unberechtigt.

Leider ist es mit einfachen Transversverschiebungen, wie sie jetzt von der CDU und FDP angestrebt werden, nicht getan. Damit würden die Umwelt-Probleme aus Münster nur in andere Ortschaften, Naturschutz- und Erholungsgebiete verlagert. Und das ist keine Lösung der Probleme.

Die entscheidende Frage kann also sein:

Brauchen wir die A 43 tatsächlich?

Die SPD-Fraktion hat dazu eindeutig Stellung genommen:

Die Planung und der Bau des östlichen Teilstücks der A 43 sind nicht erforderlich!

Die Kernfrage nach dem Bedarf ist aus zwei Gesichtspunkten zu beantworten: "Strukturpolitik" und "verkehrlicher Bedarf".

#### STRUKTURPOLITIK

Es ist zweifellos richtig, daß eine Autobahnverbindung Vorteile haben kann für den Personen- und Güterverkehr zwischen Münster und Bielefeld, daß die Erreichbarkeit der zentralen Verwaltungen, Versorgungs- und Gewerbeeinrichtungen verbessert und die Ansiedlungsbedingungen für Gewerbe verbessert werden können.

Dieses tritt allerdings nur ein, wenn die Autobahn direkt an die Stadt heranführt wird. Eine weitläufige Umgehung Münsters macht wegen der langen Anfahrten (15-20 km) diese möglichen Vorteile wieder zunichte.

Der strukturpolitische Effekt kann aber auch ins Gegenteil umschlagen. Nicht nur Münster, sondern auch Bielefeld würden an eine solche Autobahn angebunden werden. Die Entfernungen aus dem Warendorfer Raum nach Bielefeld sind nicht länger als die nach Münster. Bisherig ist Warendorf auf Münster orientiert. Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß eine erhebliche Abwanderung von Kaufkraft, Arbeitskräften und Gewerbeeinrichtungen in den Raum Gütersloh / Bielefeld die Folge sein wird.

Zusätzlich ist, wie die Beispiele Nottuln und Havixbeck zeigen zu erwarten, daß viele Einwohner Münsters wegen der günstigeren Bodenpreise im ländlichen Raum ihr Heim nach auswärts verlegen, wenn sie in erreichbarer Nähe eine Autobahnverbindung haben.

#### VERKEHRLICHER BEDARF

Der verkehrliche Bedarf ist differenziert zwischen dem im Bau befindlichen westlichen Teilstück zwischen Recklinghausen und Münster und dem östlichen Teilstück zwischen Münster und Bielefeld zu betrachten.

Das westliche Teilstück soll den Verkehr aus dem Rhein - Ruhrgebiet unter Umgehung des Kamener Kreuzes auf direktem Wege nach Osnabrück, Bremen und Hamburg führen. Von untergeordneter Bedeutung ist außerdem der Verkehr aus dem südwestlichen Münsterland, der im geringen Umfang von Einpendlern nach Münster erzeugt wird.

Prognosen für die fertige A 43 zwischen Münster und Recklinghausen besagen, daß 80 % des ankommenden Verkehrs über die A 1 (Hansalinie) nach Norddeutschland abfließen wird. Ein weiterer (kleinerer) Teil des ankommenden Verkehrs führt in die Stadt Münster hinein, also nicht weiter in den ostwestfälischen Raum.

Der Verkehr aus dem Rhein-Ruhrgebiet wird wie bisher die kürzere Autobahnverbindung über die A 2 (über Kamener Kreuz) nach Bielefeld benutzen. Dies insbesondere, wenn demnächst der sechsstufige Ausbau der A 2 abgeschlossen ist.

Der verkehrliche Bedarf aus dem Raum Bielefeld nach Münster ist nicht vergleichbar mit dem Verkehrsbedarf aus dem Ruhrgebiet nach Münster. Der kleinere Wirtschaftsraum Bielefeld und die kleinere Bevölkerungszahl ergeben einen erheblich geringeren Verkehrsbedarf. Die Region Bielefeld ist außerdem bereits an das Autobahnnetz Osnabrück / Bremen angeschlossen.

Es ist also festzustellen, daß das östliche Teilstück der A 43 nur regionale Bedeutung haben würde.

Die negative Stellungnahme des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe zum Bedarf des östlichen Teilstücks der A 45 erscheint nach dem Wegfall des Großflughafens und des Teilchenbeschleunigers in Drensteinfurter Raum sachlich begründet.

**Trotz A 43 Bundesstraße notwendig**

Aus der Sicht der Straßenbauverwaltung ist der Ausbau der EB 51, der Ausbau der B 64 und vorrangig der Ortsumgehungen erforderlich.

Auch vom Kreis Warendorf und den Anliegergemeinden wird dieser Bundesstraßenausbau seit Jahren gefordert. Dieser Bereich wehrt sich ebenfalls gegen den Ausbau der A43, zumal die A 43 den Ausbau der EB 51 und der B 64 nicht ersetzen, bzw. überflüssig machen würde.

**Damit wird nicht die Umgehungsstraße zur Autobahn ausgebaut!**

Wenn für eine A 43 kein Bedarf besteht, braucht und kann die Umgehungsstraße auch nicht zur Autobahn ausgebaut werden.

Wer hier einen anderen Zungenschlag in die Diskussion bringt, will zwischen Wahrheit, Vermutung und Unterstellung im Trüben fischen.

Tatsache ist, daß die Umgehungsstraße (B 51) schon wegen der heutigen Verkehrsverhältnisse in den Knotenpunkten planfrei ausgebaut werden muß. Damit würden dann auch die im Bereich der Staus vor den Kreuzungen konzentrierten Abgas- und Lärmbelastigungen der Vergangenheit angehören. Dort wo die Umgehungsstraße planfrei ausgebaut ist (Wolbecker Straße), gibt es diese Bela-

stung schon heute nicht. Die Umgehungsstraße hat als III. Südtangente eine wichtige Verteilerfunktion im innerstädtischen Verkehrsgefüge. Deswegen wurde der Ausbau 1975 auch bereits vom Rat akzeptiert. Leider wurde ein verstärkter Lärmschutz für die Anwohner damals von der SPD vergeblich gefordert. Auch heute fordert die SPD wieder aus den selben Gründen einen Immissionschutz, der über das gesetzliche Mindestmaß hinausgeht.

Daraus ergibt sich kein Zusammenhang zwischen A 43 und Umgehungsstraße.

**Eine Verschleierung der Tatsachen nützt niemanden.**

**Tatsache aber ist:**

**NICHT DIE VERSCHIEBUNG DER A 43, SONDERN NUR DIE ABLEHNUNG KANN DIE HILTRUPER TRASSE VERHINDERN**

Eine realisierbare Alternative dazu gibt es nicht. Darum wird sich die SPD in Hiltrup wie bisher für die Nichtaufnahme der A 43 in den Bedarfsplan einsetzen. Wir lehnen es ab, mit Scheindiskussionen um verschiedene Trassen den Bürgern falsche Hoffnungen zu machen, die nicht erfüllt werden können. Früher oder später wird das auch die Mehrheit im Rat der Stadt einsehen müssen; nur daß es dann schon zu spät sein kann.

**SPD**

## **Gipfel an Geschmacklosigkeit**

Unter dem Vorspann „Andere schreiben“ bringt die SPD-Informationsschrift „HILTRUP – HEUTE und MORGEN“ in der Märzangabe 1979 die vollständige Wiedergabe eines Artikels mit der Überschrift „CDU-Klüngel“ der extrem links orientierten Kampfzeitung „Knipperdolling“ und berührt sich dabei der freundlichen Genehmigung der Redaktion des Blattes. In diesem Artikel werden bewußt wahrheitswidrige, unqualifizierte, ja sogar diffamierende Angriffe auf die CDU und die Person des CDU-Ratskandidaten Udo Reisener gestartet, der sich um die Konrektorstelle an der Hiltruper Hauptschule beworben hatte und vom Schulausschuß der Stadt Münster inzwischen auch gewählt wurde.

**Hierzu nimmt die CDU wie folgt Stellung:**

- 1) An der beruflichen und persönlichen Qualifikation von Herrn Reisener für die Position des Konrektors kann keinerlei Zweifel bestehen. Herr Reisener hat seine Lehrerausbildung mit Prädikatsexamen abgeschlossen; er hat sich durch seine 12-jährige Tätigkeit an der Hiltruper Hauptschule allenthalben Anerkennung erworben und sich als tüchtiger, umsichtiger Pädagoge bestens bewährt; er war 8 Jahre lang Mitglied des Lehrerrates an der Hauptschule, davon 4 Jahre in der Funktion des Vorsitzenden des Lehrerrates; seit Bestehen der Hiltruper Hauptschule ist er Fachvorsitzender für den Fachbereich Gesellschaftslehre; die Eignung von Herrn Reisener für das Amt des Konrektors ist darüberhinaus durch die obligatorische schulaufsichtliche Überprüfung seitens des zuständigen Schulrates festgestellt worden. Herr Reisener war schließlich jahrelang an verantwortlicher Stelle im jugendpflegerischen Bereich in der Pfarre und in der Diözese tätig.
- 2) Herr Reisener hat bei seiner Bewerbung von der CDU und deren Mitgliedern im Schulausschuß weder Protektion erbeten, noch ist er protegiert worden; die Mehrheit der Mitglieder des Schulausschusses hat mit Herrn Reisener ohne Ansehen der Person und der Parteizugehörigkeit denjenigen gewählt, den sie bei den vorliegenden Bewerbungen für den Besten hielt.
- 3) Wollte man Herrn Reisener als engagiertem CDU-Mitglied die Möglichkeit der Bewerbung und die Chance der Wahl absprechen, würde dies zur Konsequenz haben müssen, daß kein Angehöriger des öffentlichen Dienstes, der in einer Partei verantwortlich tätig ist, den Versuch des beruflichen Fortkommens unternehmen könnte.
- 4) Herr Reisener ist kein „parteilichter Scharfmacher“, sondern persönlich und sachlich qualifiziertes Parteimitglied der CDU.
- 5) Es ist bedauerlich, daß die SPD-Hiltrup trotz der sachlich guten Zusammenarbeit mit Herrn Reisener – auch in schulpolitischen Fragen – in der Bezirksvertretung wider besseres Wissen unrecherchiert den Artikel des „Knipperdolling“ als Plagiat wiedergibt und sich damit die ketzerischen Methoden dieses Blattes zu eigen macht. Sowohl die SPD-Mitglieder der Bezirksvertretung als auch die SPD-Mitglieder im Schulausschuß des Rates wissen sehr genau, daß Herr Reisener über die uneingeschränkte Qualifikation für das Amt des Konrektors verfügt. Es bleibt nur zu hoffen, daß für den bevorstehenden Kommunalwahlkampf die SPD von derart persönlichen Diffamierungen gegenüber politisch anders Denkenden abläßt, da sonst die zum Wohle unserer Bürger notwendige Zusammenarbeit in den kommunalpolitischen Gremien in Gefahr gerät.

**Leo Mende**

CDU-Ortsunionsvorsitzender

**Werner Quante**

Stv. Kreisvorsitzender der CDU Münster und  
Vors. der CDU-Bezirksvertretungsfraktion in Hiltrup